

Michael Winkler: Inklusion – Reflexionen und kritische Nachfragen.

Wer die jüngsten Debatten um Inklusion in der breiteren Öffentlichkeit mit jenen vergleicht, die noch vor einem Jahr etwa geführt worden sind, kann zwei Feststellungen machen: Zum einen ist die Thematik, ist vor allem der Begriff der Inklusion bekannt; der Ausdruck ruft weder Kopfschütteln noch die staunende, zuweilen ablehnende Verwunderung hervor, der man lange selbst beim Personal pädagogischer Einrichtungen begegnete, allzumal in den höheren Sphären des Bildungssystems. Das Thema und die mit ihm verbundenen Aufgaben sind angekommen, nach langer Anlaufzeit, zuletzt sogar mit einiger Geschwindigkeit. Das verwundert ein wenig, weil im pädagogischen Sektor nach einem Jahrzehnt rascher Themenwechsel, verkleidet als Reform und Innovation sich deutliche Abwehrtendenzen gegenüber neuen Erwartungen breit machen; man möchte dort endlich wieder in Ruhe arbeiten. Zum anderen lässt sich feststellen, dass die Debatten nicht mehr von jenem überschwänglichen Bekehrungswillen geprägt sind, wie er oft die Einführung neuer Ansätze in der Pädagogik begleitet. Zwar gibt es manchmal unangenehm eifrige und seltsam kompromisslose Verfechter, doch wird der grundsätzliche und grundlegende Anspruch auf Inklusion eigentlich nirgends bezweifelt – was angesichts der gegebenen Rechtslage auch gar nicht mehr möglich ist. Problematisch erscheinen jedoch die abstrakte Generalisierung des Inklusionsanspruchs und die pragmatische Realität, die ihm folgt. So scheint momentan ein wenig unentschieden, ob es in Sachen Inklusion sozusagen um eine Form der pragmatischen Normalisierung geht, bei der zwar ihr Prinzip gilt, aber die banalen Verwirklichungsschwierigkeiten in den Vordergrund drängen, oder das Ganze zur Disposition gestellt und als nicht verwirklichbar zu den Akten gelegt wird.

In dieser offenen Situation kann mein Vortrag keine eindeutige Botschaft mitteilen; er will Inklusion weder verwerfen noch Jubelarien anstimmen, gibt vielleicht Denkanstöße oder spricht Warnhinweise aus. Er ist – wenn man das so sagen darf – um des Optimismus willen skeptisch. Es geht um den Optimismus, den man benötigt, wenn gesellschaftliche und pädagogische Entwicklungen vorangebracht werden sollen – davon werde ich vor allem am Schluss noch sprechen, er ist aber zugleich aus zwei Gründen skeptisch. Er ist skeptisch, weil – erstens - im sozialen und pädagogischen Sektor zu oft große Begriffe und Konzepte gebraucht werden, als Semantik erfolgreich sind, um dann gegen die Beteiligten und die Betroffenen gewendet zu werden – ein drastisches Beispiel bietet hierfür die Idee des Empowerment, die heute als Fordern und Fördern den zynischen Kern der Hartz-IV- Gesetzgebung

ausmacht. Auch die jüngere Debatte um Bildung ist nicht frei von solchen Tendenzen, wobei hier fast perverse Züge zu beobachten sind, weil eine zwar komplexe und anspruchsvolle Vorstellung, die hohes Ansehen genießt, trivialisiert und vor allem ökonomisch instrumentalisiert wird – wo Bildung drauf steht, ist meist Education und Employability enthalten, doch merken das viele nicht. Anders formuliert: Sozialpädagogische Konzepte sollten doch immer auf mögliche Risiken und Nebenwirkungen hin geprüft werden – und das setzt voraus, dass man sie nicht vorschnell in schöne Programmatik umformiert, auf theoretische Vergewisserungen und sorgfältige Prüfung verzichtet. Der Vortrag ist skeptisch aber auch, weil – zweitens - wissenschaftliche Forschung zum Thema Inklusion fehlt. Es gibt weder eine Theorie, noch finden sich empirische Untersuchungen, die über Erfahrungsberichte hinausgehen oder wenigstens solche auswerten. Wir können übrigens gar nicht sicher sein, ob wir jemals über ein Wissen verfügen werden, das als hart, belastbar gilt, weil alle Inklusionskonzepte letztlich nicht für empirische Forschung zu operationalisieren sind.

Die vier Kapitel des Vortrags folgen dem Angedeuteten. Das erste Kapitel ist mit *Lagebeschreibung* überschrieben, das zweite bringt kurz *die Einführung des Konzepts* Inklusion in Erinnerung. Das dritte Kapitel macht einige *kritische Vorbehalte* geltend, während das vierte dann doch wieder versöhnlich stimmt, indem es die *Verwunderung des Pädagogen* zum Ausdruck bringt. Für Pädagogen ist Inklusion nämlich nichts Neues – aber vermutlich gehört es zu den Hauptaufgaben von Pädagogen immer wieder an das zu erinnern, was für sie selbstverständlich ist. So steht am Schluss ein trotziges Dennoch – der Appell also, nicht aufzuhören, sondern weiterzumachen im Kampf um Inklusion, selbst wenn dieser mit Irritationen einhergeht.

1. Lagebeschreibung

Inklusion löst gegenwärtig einige Begeisterung aus. Manche sprechen von der Revolution der Pädagogik oder von einem längst überfälligen Systemwechsel; Politik, Fachverbände, Wissenschaftler erwarten, dass nach langer Stagnation im Umgang mit behinderten Menschen sowohl in den Lebenswelten wie in den professionellen Arbeitszusammenhängen ein neues Zeitalter anbricht.

- Vor allem in Deutschland hängt die große Aufmerksamkeit für das Thema wohl mit dem wachsenden Unbehagen zusammen, das sich in den pädagogischen Kontexten als Folge der jüngsten Bildungseuphorie breit gemacht hat. Nach den unter dem Akronym PISA bekannt

gewordenen Studien zählen nur noch kognitive Leistung und deren Messung im Blick darauf, Menschen für den Arbeitsmarkt abzurichten. Viele haben schlicht genug davon, ihre pädagogische Arbeit als Investition in das *human capital* zu sehen, um *Employability* sicher zu stellen, sie merken, dass mit dem neuen und jüngsten Bildungsdenken Pädagogik darauf reduziert wird, Menschen nur noch darauf hin zu bewerten, ob sie für die „Global Auction“ taugen, für einen internationalen Arbeitsmarkt der Eliten; und sie merken, wie die Bildungsversprechen nicht gehalten werden, schon gar nicht jenen gegenüber, die Schwierigkeiten haben, den neuerdings eingeführten Standards zu genügen – zumal diese ständig verändert werden.

Das Interesse an Inklusion hat also damit zu tun, dass man den aktuellen Zynismus nicht mehr hören will, dass man vor allem weiß: Pädagogik ist etwas anderes als Kompetenztraining. Die Debatte um Inklusion lässt hoffen, wieder Menschen in Bildungsprozessen sehen zu können, vielleicht auf humane Weise ernst mit der Differenz zu machen – und zwar nicht nur, um den Platz im Bildungsranking zu bessern. Das Engagement für Inklusion steht also für eine Gegenbewegung zu einer Modernisierung von Pädagogik, bei der Menschen, bei der Kinder und Jugendliche schlicht auf der Strecke bleiben. Da ist eine neue Sensibilität auch dafür entstanden, dass die vorgeblichen Reformen vor allem mit Druck einher gehen, mit Druck auf Fachkräfte, auf Eltern, auf junge Menschen, deren Leben, deren Anspruch auf Glück und Wohlbefinden auf der Strecke bleibt. Ein Jahrzehnt vorgeblicher Reformen im Bildungssystem hat dazu geführt, dass die Menschen nur in ihrer Leistungsfähigkeit eine Rolle spielen – und das lässt ahnen, wie verletzlich wir alle sind.

- Zudem stellt der Umgang mit behinderten oder chronisch erkrankten Menschen häufig genug einen veritablen Skandal dar. Wider alle vollmundigen Erklärungen findet sich nicht nur in weiten Kreisen der Bevölkerung ein massives Vorurteil gegenüber Behinderten und Kranken, sondern vor allem auch in der Bildungsadministration. Wir haben mit einer absurden Ablehnung von Differenz zu tun, die in ein Kontinuum eingebettet ist, das vom Hass gegenüber vorgeblichen Fremden und Andersgläubigen, über die Stigmatisierung als Angehörige der Unterschicht bis hin zur öffentlichen Jagd auf jene reicht, die angeblich zu dick sein. Eine solche Feststellung mag als Banalisierung von Behinderung erscheinen, doch bleibt eine dumpfe Abgrenzung vom Anderen festzuhalten, eine Ablehnung des vorgeblich Nicht-Normalen; diese Ablehnung, die Ab- und Ausgrenzung dienen wohl vorrangig dazu, sich seiner Identität in aller Instabilität und Unsicherheit zu versichern – und die breitet sich ebenso aus wie die Angst, selbst ins Aus zu rutschen. Je prekärer die allgemeinen Lebensverhältnisse

werden, je stärker Ungleichheit sich durchsetzt, um so massiver grenzen sich Menschen gegenüber jenen ab, die eben anders wirken.

Die Abgrenzung gegenüber Behinderten erfolgt nun weniger in den besonderen und sie allerdings besondernden Einrichtungen. Vielmehr haben wir *im Alltag* mit massiver Missachtung und Diskriminierung zu tun, etwa in dem Hinweis des Busfahrers, dass man sich beeilen solle, obwohl eine Gehbehinderung vorliegt, oder in der schnöden Bemerkung, hier sei nun mal kein Platz für Rollstühle, garniert mit dem Hinweis, dieser würde den Fluchtweg verstellen. Und nicht genug mit der offensichtlichen Beleidigung. Längst findet die subtile Kränkung in Gestalt eines technisch-kategorialen Denkens statt, das auf eine ebenso paradoxe wie perfide Art und Weise durch die Fortschritte in Pädagogik, Therapie und Medizin verstärkt worden ist. So macht sich ein Muster breit, das angesichts der zunehmend erzwungenen Pränatal-Diagnostik behinderten Menschen geradezu das Existenzrecht abspricht – zuweilen mit dem Hinweis auf die von diesen verursachten Kosten – um eine kleine Nebenbemerkung zu machen: wenn sich eine prominente Schauspielerin operieren lässt, weil sie ein mögliches Brustkrebsrisiko vermeiden möchte, dann ist das keineswegs eine bewundernswerte Tat, sondern geradezu eine Verhöhnung all jener, die behindert oder erkrankt sind. Sie alle müssen sich nämlich nun vorhalten lassen, nicht rechtzeitig verhindert zu haben, zum Kostenfaktor des Gesundheitswesens zu werden. Dass sich Menschen in ihrer Eigenart und Individualität unterscheiden, dass Menschen in ihrer Lebensweise, also in ihrer Behinderung und Krankheit verschieden sind, dass Menschen als solche in ihrer Individualität anzuerkennen sind, gehört offensichtlich weniger denn je nicht zu den Standards in Gesellschaften, die zu administrativen und technischen Ordnungen neigen, mit welchen sich Menschen kategorial sortieren lassen, um sie zu bearbeiten.

- Endlich lässt sich sogar vermuten, dass beim Thema Inklusion gar nicht so sehr die besonderen Angebote und Leistungen in Frage gestellt werden, welche für Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen zur Verfügung stehen. Ich will das vorsichtig und subjektiv formulieren: Unbestritten ist, dass es in der Debatte Eiferer und Bekehrer gibt, die dogmatisch agieren; mein Eindruck aber ist, dass inzwischen eher Besonnenheit einkehrt, die Bereitschaft zu differenzieren, dass vor allem die Entwicklung der – wie auch immer sie heißen mag – Behinderten- oder Integrationspädagogik gar nicht in Abrede gestellt wird. Niemand unterschätzt die Leistungsfähigkeit differenzierter Förderangebote, die als hilf- und erfolgreich gelten, allzumal in der inzwischen weit vorangeschrittenen Kooperation unterschiedlicher Hilfeinstanzen; man muss schon einmal daran erinnern, dass sich beispielsweise die Lebens-

und Entwicklungschancen von Menschen mit Trisomie 21 in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben. Kritisch ist und bleibt aber, wie eine Fördermaßnahme allzu oft nicht nur zu räumlicher Segregation, sondern zu biographischer Verstetigung führt: wir haben in Deutschland in vielen Bereichen nicht gelernt, dass Hilfen, dass besondere Unterstützung vorübergehend und für eine bestimmte Zeit nötig sein kann, dann aber in den Alltag aller zurück führen sollten; das hat wohl mit hochproblematischen Finanzstrukturen sowie mit einem Mangel an Vertrauen in die Pädagogik zu tun.

- Tatsächlich ist das Problem noch schwieriger – wir sind mit einer Dialektik konfrontiert. Der Missachtung von Behinderten und Erkrankten steht gegenüber, wie gesellschaftlicher Alltag, wie sogar das pädagogische System Behinderung und Erkrankung geradezu systematisch erzeugen. Die Belastungen von Kindern und Jugendlichen nehmen zu, es lassen sich sogar toxische Einflüsse erkennen, die mit Nahrungsmitteln zu tun haben. Der vorletzte Kinder- und Jugendbericht hat hier einiges ans Tageslicht gebracht, selbst wenn manche – wie etwa Martin Dornes – doch eine insgesamt gute Situation für junge Menschen feststellen.

Gleichwohl breiten sich *zum einen* die Diagnosen von Einschränkungen, Behinderungen oder Störungen des Lernens und des Verhaltens massiv aus; da haben wir mit Epidemien und Chronifizierung tun, wobei eine Industrie der Hilfen entstanden ist und ein massives medizinisch-pharmazeutisches Interesse daran besteht, entsprechendes Treatment sicher zu stellen. Ein klassisches Beispiel bietet dafür die Ausbreitung von ADHS. Die Medikalisierung auffälligen Verhaltens schreitet voran – und sie wird sich noch weiter ausbreiten, etwa wenn die neue Fassung des DSM in Kraft tritt, die nach Aussage seriöser Psychiater und Psychologen sozusagen uns alle dem Krankheitsverdacht unterwirft. *Zum anderen* tendieren Schulen und Lehrer dazu, angesichts des wachsenden Drucks, messbaren Unterrichtserfolg sicher zu stellen, störende Kinder auszuschließen – und nicht wenige Eltern spielen dieses Spiel wiederum gerne mit, weil entsprechende Diagnosen wiederum den Kindern und Jugendlichen einen Sonderstatus einräumen, der dann wiederum der Schulkarriere nützt.

Kurz und gar nicht gut: Die Inklusionsdebatte ist deshalb so wichtig, weil wir damit rechnen müssen, dass die Ausgrenzung von Einzelnen oder ganzen Menschengruppen zunimmt; die Ungleichheitsforschung belegt das nachdrücklich, wie das populär gewordene Werk von Wilkinson und Pickett gezeigt hat. Das Problem verschärft sich übrigens, weil die Normalisierungsmechanismen in modernen Gesellschaften subtiler geworden sind; wir werden weniger von außen, von staatlichen Kontrollinstanzen normalisiert, sondern legen uns

selbst normalisierende Zwänge auf. Im Kern richtet also die Debatte um Inklusion die Aufmerksamkeit auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen.

2. Die Einführung des Konzepts

In welcher Gesellschaft wir leben wollen - das ist nun selbst eine der großen Fragen, vor der ich eingangs eigentlich gewarnt habe. Vielleicht sollte man erst einmal einen Blick darauf werfen, womit wir es überhaupt zu tun haben, wenn wir von Inklusion sprechen. Der Begriff leitet sich ab von der 2006 durch die Generalversammlung der UNO verabschiedeten *Convention of the Rights of Persons with Disabilities*. Ihr ging ein jahrzehntelanges Ringen um die Erweiterung der Menschenrechte voraus. Allerdings gibt sie selbst keine Auskunft über Inklusion. Der Begriff taucht vor allem im interpretierenden Zusammenhang der Convention auf, die allerdings den Status von gesetztem Recht hat.

Dabei wird jedoch oft übersehen, wie heikel diese Übereinkunft in rechtssystematischer Hinsicht ist. Das Problem liegt darin, dass es sie eigentlich nicht geben dürfte. Ein wenig philosophisch gesprochen: Die Konvention für Behinderte will also zuallererst sicher stellen, dass niemand aufgrund seiner Behinderung kategorial von dem ausgeschlossen wird, was wir als einen generellen Humanismus oder einen allgemeinen Begriff des Menschen fassen. Wie andere UN Conventions reagiert sie jedoch auf einen *empirischen Notstand* bei der Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte, die nun so für eine besondere Menschengruppe noch einmal betont und verpflichtend hervorgehoben werden. Sie besonders zu fordern ist notwendig, weil Behinderte und chronisch Kranke regelmäßig, wenn nicht systematisch, vor allem jedoch alltäglich von der sozialen und kulturellen Lebenspraxis ausgeschlossen werden. Ihnen werden Handlungsmöglichkeiten vorenthalten, ein selbstbestimmtes Leben in normaler Selbstverständlichkeit wird verhindert. In gewisser Weise bergen *Conventions* damit allerdings die Tücke eines performativen Widerspruchs in sich. Wie die *Convention of Children's Rights* macht die Behindertenkonvention nämlich genau das, was sie verhindern will, sie spricht ein Sonderrecht aus, mit der eine Gruppe von Menschen gegenüber den allgemeinen Menschenrechten unterschieden, zwar positiv, gleichwohl diskriminiert wird. Sie bestärken als *besondere* die generell gültigen Menschenrechte, um eigentlich überflüssig zu werden.

Die UN-Konventionen verpflichten die Unterzeichnerstaaten und gehen in deren Gesetzgebung ein. Sie haben dabei den Status von Willenserklärungen und Leitlinien für die Normierungen und für die Auslegung gültiger Normen. Aber sie bleiben Programmsätze und unbestimmte Rechtsbegriffe – vergleichbar dem Artikel 20 GG, dem ersten Paragraphen des SGB VIII oder dem Begriff des Kindeswohls. Es bleibt daher immer strittig, wie eine solche Convention zu lesen ist, zumal konkrete Anweisungen fehlen müssen. Das hat Folgen. So wird beides durch die Convention gedeckt, ein Schulsystem, in welchem behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam lernen, und ein solches, in welchem Kinder mit Behinderung besondere Förderung und Aufmerksamkeit in einem Kontext erhalten, der räumlich unterschieden ist.

Häufig wird zudem die komplizierte Entstehungsgeschichte der Convention vergessen; an ihr waren u.a. auch die Verbände der Opfer von Verletzungen durch Landminen beteiligt (vgl. Jantzen 2010), dann vor allem *Inclusion International*, die an die weit verbreitete Praxis der Rechtseinschränkung für Behinderte angeknüpft haben. In mancher Hinsicht sind die hierzulande geführten Debatten dann doch wieder zynisch gemessen an dem Elend, das weltweit Behinderten widerfährt. In einer Vielzahl von Ländern wurden behinderte Menschen entweder umgebracht, weggesperrt, versteckt und vernachlässigt oder zum Opfer medizinisch legitimer Misshandlung – wie etwa die operativen, neurochirurgischen Eingriffe in das Gehirn, also die Lobotomie, welche übrigens noch in den siebziger Jahren bei Behinderten nicht nur in Skandinavien vorgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die UN-Conventions Kompromissformeln enthalten, die meist Übersetzungsproblemen provozieren; die im angelsächsischen Sprachgebrauch verbreiteten Begriffe *disability* oder gar *handicap* sind keineswegs deckungsgleich mit dem der Behinderung, es macht zugleich wenig Sinn, sie als Fremdworte zu übernehmen, weil Begriffe mit sozialen und kulturellen Konnotationen verbunden und in Mentalitäten eingebettet sind. Schon deshalb ist die Übernahme der angelsächsischen Interpretation der UN-Konvention mit Hilfe des Begriffs der Inklusion ein ziemliches Ünding. Er verwirrt eher, als dass er erklärt, was die Deklaration fordert: Denn der Verweis auf *inclusive education* macht eine problematische operative Dimension sichtbar, nämlich das Schulsystem – die Übersetzung als inklusive Bildung nimmt die Engführung des englischen Begriffs *education* auf, bei der sowohl Familienerziehung wie außerschulische Angebote nicht mitgedacht werden.

Mit dem die Convention interpretierenden Konzepten der Inklusion und der *inclusive education* sind eine Programmatik und eine Semantik entstanden, die über einen klaren

Rechtsanspruch hinausgehen. Es wird eine andere Gesellschaft gewollt, zu der man sich mit Sympathie bekennen kann. Gleichwohl muss man sehen, was man sich damit einhandelt – mal abgesehen davon, dass wir nicht wirklich mehr über die konkreten Probleme von Menschen reden, sondern von einer sozialen Utopie, die ihre Tücken hat. Man tummelt sich also im Kontext einer politischen Bewegung, die mit ein rhetorisch und kommunikativ wirksames Schlagwort findet, das aber unklar und auslegungsbedürftig bleibt. Seine Leistung besteht also in dem, was Luhmann etwas schnöde als Sicherung von Anschlusskommunikation bezeichnet. Weil ziemlich unklar ist, wovon überhaupt gesprochen wird, fällt jedem schon etwas eigenes ein. Eine ordentliche Grundlegung aber fehlt, wie viele Publikationen es zum Thema es nun auch geben mag. Und noch trivialer formuliert: Jeder kann Inklusion - das Zusammenspiel von Rechtsnorm und offener Interpretation gibt eine diskursive Erfolgsgarantie, schafft aber pragmatische Unsicherheit, eröffnet vor allem aber der Politik selbst wiederum Möglichkeiten, den Ansatz zu unterlaufen.

Gleichwohl: Angesichts der bedeutungs offenen Politisierung des Konzepts überrascht es nicht, wenn es innerhalb weniger Jahre einen atemberaubenden Siegeszug erfährt. Ein angelsächsisches Verfechter, nämlich Mel Ainslow, spricht angesichts dieser Durchsetzungsdynamik einigermaßen erschöpft davon, dass es inzwischen *jetlagged* sei. Die Müdigkeit des Jetlags überfällt einen allerdings noch mehr, wenn man die deutsche Erfolgsgeschichte verfolgt; allein der Streit um die Übersetzung des Ausdrucks reicht für einige Aufsätze. So wird das englische „Inclusion“ zwar häufig als *Integration* überetzt, *inclusive education* dann als *Integrationspädagogik* bezeichnet; doch finden sich dagegen wiederum energische Einsprüche, der einschlägige wikipedia-Artikel illustriert dies ja. Inklusive Pädagogik richtet sich jedenfalls auf Personen *with special needs*, die Thematik gehört in den Bereich der Behinderten- oder Integrationspädagogik, soll dort aber nicht auftauchen, weil eben diese besonderen Pädagogiken als diskriminierend verschwinden sollen, wogegen sich diese aber wieder wehren. Inzwischen wird *inclusive education* sogar mit *education for all* gleich gesetzt, wobei die soziale und kulturelle Ausgrenzungsprozesse thematisiert und der Gerechtigkeits- und Gleichheitsdiskurs aufgenommen wird. Inspiriert durch diese Auseinandersetzungen soll dann das Konzept die *Differenz der Individualität* aufnehmen; *Diversity* sei nun in der Sozialpolitik zu berücksichtigen, wobei die schulpädagogische Heterogenität gerade ein wenig dadurch korrumpiert wird, dass man sich davon Leistungssteigerung erhofft. Nicht genug damit: Längst geht es bei Inklusion um sozialpolitische Fragen sowie um Menschen mit Migrationshintergrund, es gibt geradezu eine Inflation der Differenz, die ihrerseits durch Inklusion nun

kompensiert werden soll, mit dem etwas makabren Effekt, der sich wieder etwas trivialisiert so formulieren lässt: Alles Inklusion oder was?

Eine Theorie fehlt jedenfalls bis heute, die das Konzept erläutern könnte, seine innere Systematik entwickelt oder anthropologische sowie philosophische Begründungslinien ausweist. Formale Ansätze überwiegen, so immer noch der 2000 von Tony Booth und Mel Ainscow vorgelegte *Index for Inclusion*, den Ines Boban und Andreas Hinz 2002 in deutscher Sprache zugänglich gemacht haben. Dabei handelt es sich um ein Messinstrument, das zwar nach zahlreichen Studien zu inklusiven pädagogischen Praktiken erstellt wurde, gleichwohl nicht konzeptualisiert worden ist. Tony Booth hat sein Versprechen bis heute nicht eingelöst, eine Theorie zu entwickeln. Die einschlägigen Handbücher der Behindertenpädagogik in Deutschland halten sich ebenfalls zurück, ohnedies dominieren eher schulpädagogische Überlegungen, die ihrerseits aber regelmäßig programmatisch verfahren.

Die Wurzeln des Konzepts und seine Bedeutung lassen sich nicht so recht erkennen, wo wir Traditionslinien finden, verschaffen sie Bauchschmerzen. So werden in der Debatte die Zusammenhänge mit der formalen Logik ignoriert – auf welche das *Historische Wörterbuch der Philosophie* verweist. Die Herkunft aus naturwissenschaftlichen Zusammenhängen (etwa in der Gesteinskunde) findet keine Erwähnung, obwohl sich somit einmal mehr ein naturwissenschaftlicher Begriff in die soziale und pädagogische Welt einschleicht – wie dies etwa beim Kompetenzbegriff der Fall ist. Das gibt einem technisch-kausalen Denken Raum – Fantasien der Bearbeitbarkeit und Bearbeitung von menschlichen Problemen finden Nahrung, es droht eine Technifizierung humaner und sozialer Lebenssituationen. Weitere Zusammenhänge finden sich in der Sozialpsychologie, die das Inklusionskonzept bei der Untersuchung jener Mechanismen in Gruppen verwendet, bei welchen Kohäsion durch Erzeugung von Außenseitern hergestellt wird resp. die Einbindung von Fremden in soziale Gruppen erfolgt. Es überrascht allerdings, dass Überlegungen fehlen, welche die Inklusionsdebatte verbinden mit einer – übrigens für die Behinderten- und Integrationspädagogik –anregenden Linie, die zu Wygotski und dann sogar zu einem unorthodox marxistischen Verständnis des menschlichen Wesens als – wie es bei Marx und Engels heißt – Ensemble der geschichtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse führt. Es liegt eigentlich nahe, eine Verbindung zu den Arbeiten von Wolfgang Jantzen oder Feustel zu knüpfen, die nicht nur eine anspruchsvolle, erklärungsstarke Theorie der sozialen und kulturellen Praxis von Behinderung als sozialer und kultureller Isolation entwerfen, sondern daraus erfolgreiche pädagogische Konsequenzen ziehen. Jantzen warnt übrigens davor, bei aller Predigt über Inklusion faktisch dann doch wieder Exklusion zu

betreiben. Bemerkenswert ist übrigens, wie wenig die ausgesprochen spannenden Beschreibungen und Analysen von Jantzen und Feusel in der Debatte aufgenommen werden, die allerdings einen theoretischen Grund bieten könnten.

In den jüngeren Veröffentlichungen findet sich endlich die Unterscheidung von Integration als personaler Aktivität gegenüber Inklusion als einer Politik, die auf Strukturen gerichtet ist. Das nimmt soziologische Perspektiven auf, blendet dabei allerdings erneut die Frage nach sozialen und sinnhaften Praxen aus – es wäre ja schon interessant aufzunehmen, was Norbert Elias im Rahmen seiner psychogenetischen Zivilisationstheorie im Blick auf die Frage festgehalten hat, wie eigentlich die moderne Gesellschaft der Individuen ihren eigenen Zentrifugaltendenzen trotzt und sozialer Zusammenhang bleibt. Auch wären Anschlüsse an die grundlagentheoretischen Überlegungen denkbar, welche in der Soziologie der achtziger Jahren entwickelt werden, anknüpfend an Talcott Parsons vor allem in der Systemtheorie von Niklas Luhmann. Ihnen geht es um die Frage, wie sich die modernen Gesellschaften eigentlich reproduzieren, obwohl sie doch chronisch krisenanfällig sind. Die Erklärungsmodelle operieren mit der Annahme, dass sich Systeme integrieren, was Luhmann zu der Auffassung bringt, dass man in einer Theorie der Gesellschaft sich mehr oder weniger den Blick auf Menschen sparen kann – die tauchen höchstens als Kommunikationspartikel auf. Das klingt zynisch, doch bestätigt einerseits historische Erfahrung, wie die Moderne sich zumindest lange auf die eine oder andere Weise alle Individuen integriert; selbst die Aussätzigen und Armen sind unter Funktionsgesichtspunkten zu etwas nütze – und sei es zur Abschreckung der Integrierten. Inklusion erklärt dann bei Luhmann, wie der funktionalen Differenzierung von Gesellschaften mit ihren aufgrund von Spezialisierung unvermeidlichen Exklusionseffekten eine Einbeziehung von jedermann korrespondiert; das Gesellschaftssystem bezieht um seiner eigenen Funktionalität willen und sozusagen komplementär zu seinen Funktionen noch den – wie Stichweh erläutert – *Idioten* ein. Inklusion bedeutet dann, dass moderne Gesellschaften letztlich alle Phänomene und Sachverhalte in sich aufnehmen und einschließen, so dass alles einen kommunikativen Sinn erhält – eine Beobachtung, der beispielsweise die jüngeren Kulturtheorien zustimmen und folgen.

Dieser kleine Ausflug in die soziologische Theorie ist für unseren Zusammenhang gar nicht so unwichtig: Er legt nämlich einen mehrfachen Verdacht nahe, der als Euphoriebremse wirken könnte: Einmal hat demnach Inklusion nichts mit Menschen zu tun; die sind bloß Beiwerk von Systemen. Zum anderen findet Inklusion eigentlich immer statt, so dass die Forderung nach Inklusion fast ein wenig ideologisch ist, nämlich einen Prozess noch überhöht,

der sich ohnedies vollzieht. Die Forderung nach Inklusion wäre also überflüssig, wenn nicht sogar affirmativ – oder sie hat einen sozialen Sinn, der nicht sofort sichtbar wird. Allerdings weist Niklas Luhmann in einem seiner letzten Aufsätze darauf hin, dass die modernen Gesellschaften sich so weit verändert haben, dass die von ihm entworfene Theorie der Inklusion nichts mehr taugt. Es könnte sein, dass – und viele Befunde weisen darauf hin – in den Gegenwartsgesellschaften nicht nur Ungleichheit zunimmt, sondern die Gesellschaften selbst geradezu zerreißen. Ausschluss, Exklusion wird dann zu einem Grundmerkmal, an dem man gewissermaßen die alte Moderne von der neuen unterscheiden kann; die Gegenwartsgesellschaften erzeugen ein bislang undenkbares „Außen“. Nicht nur Flüchtlinge und Migranten werden in Lagern externalisiert, vielmehr droht ein Outcasting von ganzen Bevölkerungsgruppen, sogar von solchen, die als integriert galten; Menschen werden lebenslang ausgeschlossen, durch ihre Wohnadresse einer no-go-area zugeordnet, leben auf niedrigstem Existenzniveau, haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung oder zu Bildungsangeboten; oder sie werden buchstäblich vergessen und in eine Situation sozialer Ignoriertheit gestürzt. Menschen leben als soziale Zombies, um die sich niemand mehr kümmert. Wir haben also mit Gesellschaften zu tun, für die gilt, was der polnisch-englische Soziologe Zygmunt Bauman mit dem drastischen Wort von den „wasted lives“ gefasst hat. Menschen werden Müll, der weggeworfen wird, an dem niemand mehr interessiert ist. Michael Jackson hat für diese Entwicklung eine bittere Hymne geschrieben, ein Hit übrigens, dessen Sinn viele gar nicht begriffen haben: *All I wanna say is that: They don't really care about us.*

Inklusion reagiert demnach auf *Exklusion*, auf die Ausgeschlossenen und Überflüssigen, welche moderne Gesellschaften systematisch erzeugen, nämlich *einmal* als Folge ihrer alten und neuen imperialen Strukturen, die sich unter der Globalisierung verbergen, in Wirklichkeit aber die Zerstörung von Lebensbedingungen in weiten Teilen dieser Erde betreiben – und zwar mit dem Effekt, dass Menschen von ihren Subsistenzmitteln vertrieben und in die Flucht gejagt werden. Man zerstört Ökonomien, wer diesem Zustand weichen muss, wird als Wirtschaftsflüchtling noch denunziert. *Andererseits* wird jedoch zunehmend begriffen, wie in modernen Gesellschaften als Konsequenz ausschließlich kapitalistischer Organisationsformen und der Auflösung regelnder wie schützender Institutionen riskante Lebensformen und prekäre Verhältnisse entstehen. Sie sind von Armut und wachsender sozialer wie kultureller Verelendung bestimmt, münden in Perspektivlosigkeit. Inklusion antwortet mithin auf Prekarität, auf Ausgrenzung, auf Zerstörung des Menschlichen durch Ausschluss von allen sozialen und kulturellen Rahmungen und Handlungsmöglichkeiten.

3. Vorbehalte

So gesehen gäbe es schon einiges, was man in der Debatte um Inklusion als Theorie anführen könnte. Warum also Vorbehalte, warum Skepsis gegenüber einem politisch erfolgreichen Konzept? Zunächst einmal: weil eben diese theoretischen Überlegungen nirgends auftauchen; dem Konzept der Inklusion fehlt die Begründung. Aber selbst das könnte man als einen bloß akademischen Einwand zurückweisen, wie übrigens auch den, dass das Konzept vor allem ein politisches ist. Auch das wäre möglicherweise unproblematisch, zeigten sich in der politischen Inanspruchnahme von Inklusion nicht doch schon Vergiftungserscheinungen an. Um das mit einem aktuellen Beispiel zu illustrieren: Kürzlich hat der Thüringer Kultusminister Christoph Matschie (laut Bericht der Ostthüringer Zeitung vom 17.4.2013) Inklusion mit folgenden Worten auf die Agenda seines Landes gesetzt: Es komme doch – wörtlich – „weniger auf die Rampen“ an, die in eine Schule führen, sondern auf die Anstrengung, ein gemeinsames Lernen verwirklichen zu wollen.

Das hört sich prima an und ist nicht wirklich falsch, Änderung in den Köpfen tut schon Not. Aber diese Änderung beginnt nicht mit Appellen an gemeinsame Anstrengung, sie kann sich zumindest damit nicht begnügen. Man muss gar kein eingefleischter Marxist sein, um daran festzuhalten, dass vielleicht doch die materiellen Verhältnisse und Bedingungen vorrangig zu verändern sein, das Bewusstsein wird dem Sein schon folgen; symbolische Politik darf dann ruhig den Mentalitätswandel bestätigen. Wir brauchen also die Rampen, den Platz für den Rollstuhl, die Zeit für die Kinder und Jugendlichen, die es sich mit der eigenen Entwicklung ein wenig schwerer machen. Und wir brauchen das ausgebildete Fachpersonal, das weiß, wie mit Behinderung umzugehen ist, wie Umwege zu entdecken und zu gehen sind, wenn die Sinne sich nicht so ausgebildet haben, wie unsere Welt vorrangig eingerichtet ist.

Das verweist auf einige - wie mir scheint: fundamentale - Probleme der Debatte um Inklusion. Ich will sie mit ein paar Stichworten benennen, will zunächst ein paar – allerdings drängende Fragen – ausklammern: Die Inklusionsdebatte ist wichtig im Zusammenhang dessen, was wir als die große Lösung in der Auseinandersetzung um eine Novellierung des Kinder- und Jugendhilferechts bezeichnen. Hier eröffnet sie nämlich die Möglichkeit zu einer integrativen Sicht auf die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, weil sie die Unterscheidung zwischen Hilfen zur Erziehung auf der einen Seite und jenen Hilfen aufheben

könnte, die eine medizinische Diagnose voraussetzen; allzumal das Problem der seelischen Behinderung ist ja ein dauernder Streitpunkt, der zu Lasten von jungen Menschen und ihren Familien geht. Auch könnte uns eine klug geführte Inklusionsdebatte von den unsäglichen Übergriffigkeiten der Ärzte und der Bildungsverwaltung erlösen, wenn es um Entscheidungen darüber geht, ob Kinder für die Grundschule zugelassen werden oder in eine Förderschule sollen – die integrativen Kindergärten machen es ja vor, dass eine Pädagogik für alle möglich und auch finanzierbar ist. Endlich treibt die Inklusionsdebatte dann doch die Kontroversen um die Neufassung der Eingliederungshilfen voran, allzumal dort, wo es um die Verteilung der finanziellen Lasten für diese geht – nicht zuletzt der Bund wird sich bewegen müssen. All das – so denke – ist in der Sache unstrittig, die Inklusionsdebatte ist hier hilfreich.

Anders sieht es jedoch aus, wenn wir ein wenig grundsätzlicher hinsehen, vielleicht auch schon empirische Erfahrungen zur Kenntnis nehmen.

- Erstens ist die Politik keineswegs eindeutig, das Wort des Thüringer Kultusministers hat ja die Ambivalenz durchaus gezeigt. Wir können nämlich nicht ganz ausschließen, dass Inklusion den Anlass gibt, Sparprogramme durchzusetzen. Förderschulen sind bekanntlich teuer, ebenso Behinderteneinrichtungen. Unter dem Vorwand, Inklusion realisieren zu wollen oder gar schon realisiert zu haben, mag die eine oder andere Einrichtung dann ausgetrocknet oder gar ganz geschlossen werden – ich könnte einige bizarre Beispiele schon nennen. Die Entwicklung ist dabei so fatal, weil in der Pädagogik unter dem Vorzeichen einer Stärkung von Eigenkompetenz der Beteiligten ohnedies eine Tendenz besteht, pädagogische Arbeit und Förderung zu reduzieren; man solle, dürfe und müsse Kinder in ihrem Lernen nur begleiten, müsse sich als Fachkraft eher im Hintergrund halten. Die Theorie der Konstruktivismus bietet dafür feine Ausreden an. Solche Entwicklungen lassen sich auch im Umgang mit Behinderten feststellen, zuweilen mit kruden Ideen begründet, die ganz fortschrittlich und radikal erscheinen: Die persönliche Zuwendung gilt dann schon als Stigmatisierung oder als Entmündigung; Inklusion sichert dann Autonomie – mit dem netten Nebeneffekt, dass man sich Aufwendungen für Behinderte, Kosten schlicht einsparen kann. Zugleich lassen sich geradezu makabre Drehtüreffekte feststellen: Förderschulen entledigen sich schwieriger Kinder, indem sie diese an inklusiv arbeitende Schulen verweisen; und umgekehrt versuchen sich die Schulen eher verstärkt der Kinder zu entledigen, die nicht ganz in das eigene Profil passen, sei es nun inklusiv oder dann doch stärker leistungsorientiert.

- Das führt mich zu einem zweiten Punkt. In den Inklusionsdebatten begegnet zuweilen eine hochgradig reduktionistische Vorstellung von Behinderung und Krankheit. Nicht nur die ra-

dikalen Vertreter der Inklusion erklären nämlich Behinderung zu einem ausschließlich sozialen Phänomen. Das ist nicht falsch, wie man im Zusammenhang des Labelling approach und an der Kritischen und Demokratischen Psychiatrie lernen konnte, die den Versuch unternommen haben, das sozial ausgegrenzte Leiden an die Gesellschaft zurück zu geben – nicht zuletzt, weil die sozialen und kulturellen Verhältnisse maßgebend zur Entstehung der psychischen Krankheiten beigetragen haben. Dennoch wird so übersehen, dass und wie Behinderung oder eine chronische Krankheit objektive Tatbestände sind; bei aller sozialen Interpretation und Stigmatisierung fehlt Betroffenen etwas oder sie müssen Umwege in ihrer Bildungsarbeit gehen. Andreas Kuhlmann hat als selbst Betroffener jeglichen Schematismus im Umgang mit Behinderten abgelehnt: Eine allein soziale Definition von Behinderung bleibt, so eines seiner zentralen Argumente, unterhalb der erlebten und gelebten Realität und verkennt, wie er geschrieben hat, die Grenzen unserer Lebensform. Oder anders formuliert: wer sich nur auf Gesellschaft, auf den Zugang zu dieser und ihre Strukturen bezieht, ignoriert die Wirklichkeit menschlicher Besonderheit und konkreter Bedürftigkeit. Wer blind ist, braucht Hilfe, braucht einen anderen Unterricht; Experimente in der Physik müssen *erfühlt* werden, das geht nicht so nebenbei in einer Schule, die in ihrer Didaktik und Methodik auf ein Zeigen mit dem ausgestreckten Finger aufbaut, das geht nicht mit Lehrern, die das nicht gelernt haben. Noch schwieriger wird die Angelegenheit dort, wo es um geistige Behinderung oder um psychisches Leiden geht. Ich glaube, dass in weiten Teilen der Inklusionsdebatte schlicht der Ernst einer solchen – wie ich ihn dann doch lieber nennen – seelischen Situation verkannt wird. Das hat übrigens ein wenig mit der Übernahme der Inklusionsvorstellungen aus dem angelsächsischen Kontext zu tun, wo die Population der Behinderten gewissermaßen anders angeordnet und entsprechend die Praxis mit diesen anders organisiert wird. Es trifft zu, dass sehr viel mehr Menschen mit Handicap am alltäglichen Leben teilnehmen und auch öffentlich sichtbar werden; zugleich aber gibt es allerdings eine Gruppe, die verborgen leben und nur versorgt werden – ein ähnliches Phänomen kennen wir übrigens aus der Jugendhilfe in England, die sich immer damit gebrüstet hat, mit kurzen und effektiven Hilfen zu agieren, in Wirklichkeit aber zu Tausenden Kinder und Jugendliche schlicht nach Irland und Australien exportiert hat.

- Ohnedies verfehlt – drittens - die Inklusion von Gruppen, also auch der Gruppe der Behinderten, wie Pädagogik funktionieren muss, wenn sie Pädagogik sein will. Denn jede Unterstützung eines Bildungsprozesses, jede Förderung eines Kindes wie eines Erwachsenen geht mit Exklusivität einher; vielleicht ist sogar alle Pädagogik auf Exklusion angewiesen – und das macht ihren Kern aus, vielleicht weil sich Anerkennung und Zuwendung immer darin

aussprechen, dass jemand nach einem anderen ganz besonders verrückt ist, wie Urie Bronfenbrenner das mal formuliert hat: Selbst wenn ein Kind einen einfachen Lernprozess selbst steuert, geht das damit einher, dass es sich aus dem Zusammenhang mit anderen löst; Maria Montessori hat das als polarisierte Aufmerksamkeit beschrieben. Im Kern bedeutet Pädagogik, bedeutet Erziehung und Unterricht, dass die sozialen und kulturellen Vorgänge unterbrochen werden, um auf sie hinzuweisen, auf sie zu zeigen, um sie zu erörtern. Jeder Akt der Förderung eines Kindes geht noch damit einher, dass man mit ihm eine gleichsam umgebende Situation herstellt. Vor allem gibt es Hilfebedarfe, vielleicht nur vorübergehend, die in besonderen Settings realisiert werden müssen, um etwa die Kompetenz zur Teilhabe am allgemeinen sozialen Leben aufzubauen und einzuüben. Für sinnesgeschädigte Menschen, für Menschen mit Entwicklungsverzögerungen trifft dies zu. Darin liegt übrigens die entscheidende Differenz von Politik und Pädagogik: Politik trifft strukturell relevante Unterscheidungen, Pädagogen aber moderieren Unterschiede in der Zeit – und manche Entwicklung dauert dann eben länger. Pädagogisches Denken richtet sich auf Personen, in ihrer Individualität, in ihrer Einmaligkeit und Besonderheit – insofern ist sogar der Begriff der Behinderung kein ernsthaft pädagogischer. Kinder und Erwachsene sind für Pädagogen immer different, immer divers, anders denkt nur die Pädagogin und der Pädagoge, der von vornherein ein standardisierendes und normalisierendes Setting vor Augen hat.

- Die Debatte ignoriert – viertens - die soziale und kulturelle Bedingtheit von Behinderung und Krankheit. Das scheint im Widerspruch zur eben angeführten Kritik an der bloß soziologischen oder sozialen Wahrnehmung von Behinderung und Krankheit zu stehen. Aber die Inklusionsdebatte übersieht zuweilen, wie Gesellschaften und Kulturen Behinderungen und Krankheiten erzeugen, und zwar nicht bloß im Sinne von Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozessen, sondern als Beschädigung des menschlichen Lebens, als Krankheit, als Verletzung. Als Störung körperlicher und geistiger Fähigkeiten, wie sie nicht zuletzt aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft entsteht – manchmal hat man den Eindruck, dass die Inklusionsdebatte fast ein wenig weltfremd ist, übrigens nicht nur gegenüber den Behinderungen, wie sie in der alltäglichen Arbeits- und Lebenswelt entstehen, sondern gegenüber jenen, die mehrfach und schwerstbehindert sind, die buchstäblich in jedem Moment ihres Lebens darum kämpfen überhaupt zu leben. Erneut klingt das ein wenig zynisch, wahrscheinlich wirkt es inkorrekt: Aber manche Forderung im Zusammenhang der Inklusionsdebatte erscheint seltsam luxuriös gemessen an der realen Dramatik, die der eine oder die andere täglich zu meistern hat und meistert. Um nicht missverstanden zu werden: Kein menschliches Leben

darf weggeschossen oder ausgegrenzt werden, aber ebenso wenig will ich mir vorstellen, Leben in größter Not prinzipiell öffentlich zu machen, um eine Art politisch motivierten Voyeurismus zu bedienen.

- Die Debatte um Inklusion entzieht sich übrigens – fünftens - auch der schon angedeuteten Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen, die nicht den Normalitätsentwürfen entsprechen, welche diese Gesellschaft dann eben doch permanent produziert – mehr denn je, wie die unsäglichen Casting-Shows zeigen, wie sich an den Magazinen erkennen lässt, die etwa das Körperdesign propagieren. Die schönen, klugen und fitten Menschen spielen eine wichtige Rolle, auch und besonders in den Selbstbildern vieler – und die müssen sich noch gar nicht durch Dieter Bohlen beeinflussen lassen. Man darf sich also nichts vormachen: Es ist zumindest offen, ob diese Gesellschaft bereit ist, Menschen mit schwersten Behinderungen im Alltag zu akzeptieren; die Sprache von Schülern belehrt einen ja schnell eines Anderen, die Indikatoren zu geschlossen rechtsradikalen Weltbildern machen einen nicht minder nervös. Hinzu kommt: Die Versuche der radikalen Psychiatriekritik und die schon vorsichtigeren der demokratischen Psychiatrie, die in den USA und vor allem in Italien in den siebziger Jahren unternommen wurden, haben auch ernüchert – es ist nur bedingt gelungen, das psychische Leiden wieder an den Ort seiner Entstehung zurück zu geben, nämlich in die Gesellschaft. Die Erfahrungen waren zum Teil grausam und entsetzlich.

- Inklusion als Grundprinzip verkennt – sechstens -, was eine sorgfältige Analyse von Gesellschaft denn nun auch zeigt, dass es nicht nur um eine kapitalistische Gesellschaft geht, sondern um gebrochene Gesellschaft, in der die Ausgrenzung, die Exklusion, sich insofern verändert hat, als sie gewissermaßen im Inneren der Gesellschaft angekommen ist, vielleicht sogar schon in die Seelenstruktur der Menschen reicht. Das Paradox der Inklusionsforderung besteht also darin, die individualisierten Individuen darauf zu verpflichten, sich in einer Gesellschaft zu bewegen, die geradezu notorisch asozial geworden, chronisch desintegriert ist. Die Individuen erfahren liquide soziale Formen mit geringer institutioneller Qualität – und sie erleben diese vor allem dort, wo es um die Garantien ihrer Lebenssicherheit und ihrer Freiheit geht. Sie leben - wie Zygmunt Bauman es beschreibt - ein liquid life, längst wirklichen Mitwirkungsmöglichkeiten entzogen, allein dem Konsum verpflichtet, getrieben in eine Existenzform des Projekts, der Performativität, der Selbstgestaltung. Mit Inklusion wird man nirgends mehr angeschlossen oder eingebettet, die Einzelnen sollen sich in einer diffusen Welt bewegen, in der ihre Besonderheit nicht wirklich interessiert und schon gar nicht zum Anlass von

Hilfe werden muss. *Du siehst nicht? Du kannst dich nicht ordentlich bewegen? Ist doch völlig gleich – mach doch einfach Dein Ding.*

- Das führt mich nun- siebtens – zu einem gewiss sehr schwierigen Argument. Um es zu entwickeln, stelle ich eine Provokation an den Anfang dieser Überlegung. An den Debatten über Inklusion irritiert mich, dass sie an keiner Stelle über den unmittelbaren Sinn des Begriffs nachdenken. Inklusion heißt schlicht und einfach Einschließung. Schon das ist schwierig, weil offensichtlich Inklusion für alle gelten soll – und das heißt, man kann sich ihr nicht entziehen. Will ich aber wirklich immer und überall eingeschlossen sein? Soll ich mit anderen Worten gezwungen werden, in allem mit zu machen, was in einer Gesellschaft oder einer Kultur so verlangt wird? Ohne dies romantisieren zu wollen: ich bin mir aber nicht sicher, ob wir nicht bei psychischen Behinderungen oder Erkrankungen zuweilen mit Menschen zu tun haben, die sich gegenüber den Zumutungen der Gesellschaft oder der Kultur verweigern, das Spiel auf ihre Art nicht mitmachen, das uns allen aufgezwungen wird.

Natürlich kann man einwenden, dass es doch darum gehen soll, Teilhabe zu ermöglichen. Aber wo ist hier die Grenze zu einer Mitwirkung, der man sich dann nicht entziehen kann – oder nur entziehen kann, indem man mit Sanktionen bedroht wird? Diese Frage ist viel weniger absurd, als sie auf den ersten Blick erscheint. Behindertenverbände warnen schon länger, dass mit Inklusion zugleich auch den Inkludierten eine neue Verantwortung für ihre Situation zugesprochen wird: Du bist doch inkludiert – also hast Du alle Rechte und Pflichten eines vollwertigen Mitglieds der Gesellschaft. Damit trägst Du aber auch Verantwortung dafür, dass Du Dein Leben erfolgreich meisterst. So müssen die Betroffenen, die ihnen gewährte Chance im inklusiven System zu realisieren. Ein weit her geholter Gedanke? Keineswegs: der aktivierende Sozialstaat beruht auf diesem Prinzip, das mit dem Konzept des Forderns und Förderns greifbar geworden ist: Arbeitslose sollen sich gefälligst anstrengen, damit sie Arbeit bekommen. Dann verdienen sie Förderung. Und wenn es gar keine Arbeitsplätze gibt – tja, dann haben sie eben nicht genug Selbstverantwortung bewiesen. Die aus dem Sozialrecht sattsam bekannte Mitwirkungspflicht entfaltet eine Eigendynamik, um Unterstützung zu verweigern. Behinderung oder Krankheit – in einer inklusiven Gesellschaft brauchen sie uns nicht zu beschäftigen, alle Menschen sind gleich und haben die gleiche Chance, sich um ihren eigenen Erfolg zu kümmern.

- Das verweist – achtens – auf das ganz und gar nicht schlichte Problem, worin denn nun das eigentliche, grundlegende, formende und formale Prinzip dieser Gesellschaft, ihrer Kultur und ihrer Ökonomie besteht. Sie ist, man mag das vielleicht nicht hören wollen, eine kapitalisti-

sche Gesellschaft, in der es vorrangig und mehr denn je darum geht, alles in die Form einer Ware zu bringen, die sich auf dem Markt austauschen lässt. Und das gilt auch für die Menschen. Die Menschen sind nur noch relevant, wenn sie dem unterworfen sind, was man heute etwas zurückhaltend vornehm als Kommodifizierung bezeichnet. Als Überführung in die kapitalistische Warenform, als Zurichtung für den Arbeitsmarkt. Der Blick ins Ausland belehrt einmal mehr: In England geht es bei Inklusion nur um die Inklusion in den Arbeitsmarkt.

Hier aber bekommt die Inklusion einen ganz unappetitlichen Beigeschmack: Angesichts des demographischen Wandels, angesichts des Verlusts an menschlichem Arbeitsvermögen und des Umkippens in einen Arbeitnehmermarkt geht es darum, das Potential an Humankapital zu vergrößern. Bei den Frauen hat man das schon erfolgreich geschafft, nun kommen weitere Gruppen der Bevölkerung dazu, die bislang geschützt waren. Inklusion könnte sich als der Mechanismus erweisen, um Menschen in den Arbeitsmarkt einzugliedern – das hat durchaus gute Seiten, die ich nicht leugnen will, das hat aber negative Seiten, nämlich die Erweiterung der workforce, damit sie nicht allzu mächtig und kraftvoll werden kann. Die von Inklusion eröffnete Chance für Menschen mit Behinderung kippt um in ein Programm, das als andere Seite der jüngeren Bildungsdebatten auch schon zu erkennen ist: Angesichts des demographischen Wandels, angesichts fehlender Arbeitskräfte werden nun auch Behinderte und Kranke für eine Ökonomie gemacht, die in ihrer Gier nach Mehr uns alle zerstört – und bei der übersehen wird, dass den modernen Gesellschaften vielleicht einmal die Lohnarbeit ausgeht. Diese Debatte ist ja nie zu Ende geführt worden.

- Nicht genug damit: Wenn Inklusion zum allgemeinen Prinzip erhoben ist und als durchgesetzt gilt, dann ist man – neuntens - in ganz abstrakter Weise, als bloßes Individuum gefordert, das sich gefälligst verantwortlich seinen Aufgaben zu stellen hat. Formal werden Politik und Verwaltung Inklusion zugestehen und rasch behaupten, dass diese verwirklicht sei. Behinderte Kinder gehen dann in die normale Schule, niemand grenzt sie mehr aus – damit lässt sich viel Geld mit gutem Gewissen sparen. Maßnahmen und Hilfen für Behinderte werden dann eingeschränkt, man kann und muss auf Infrastrukturen verzichten, weil diese doch zu einem Sonderstatus führen und dem gar nicht mehr latenten Neoliberalismus von Inklusion widersprechen. Einmal inkludiert braucht Behinderten nicht mehr geholfen werden, sie sind frei von Bevormundung. Sie gelten dann, wie das so schön heißt, als Individuen sans phrase, die sich um sich selbst kümmern sollen. So bedeutet die Inklusionsforderung nicht mehr die Anerkennung des Einzelnen in seiner Besonderheit, sondern führt dazu, dass auf ganz eigentümliche Weise von der konkreten Individualität der Menschen abgesehen wird, die sich eben

in Behinderung und Krankheit manifestiert. Einschließung in eine Gesellschaft geht dann plötzlich damit einher, sich den abstrakten Mechanismen dieser Gesellschaft unterwerfen zu müssen, auch um den Preis, dass niemanden interessiert, wenn eine Fähigkeit oder Fertigkeit fehlt, wenn ein Leiden, wenn eine Behinderung das Leben überschattet, einen an den Rand der eigenen Existenz führt – um noch einmal an Andreas Kuhlmann zu erinnern.

- Zehntens nun eine Bemerkung, die ich mir erst erlaube, seit ich nun vielfach an Diskussionen über Inklusion teilgenommen habe, vielfach inzwischen mit Behinderten an der Seite, mit Vertreterinnen von beschützenden Werkstätten etwa. Das Erstaunliche war, dass sie meine Kritik an der Inklusion geteilt haben. Regelmäßig haben sie auf das Problem hingewiesen, dass die Debatte nur abstrakt, dass sie vor allem verengt geführt wird. Sie haben darauf hingewiesen, dass man das subjektive Erleben, Befinden, Wohlbefinden auch zum Thema machen muss. Die besondere Bedürftigkeit ebenso wie auch das Gefühl, etwa in einer beschützten Werkstätte gute Arbeit zu leisten, ohne jedoch dem Druck einer Arbeitswelt ausgeliefert zu sein, die den Menschen die Anerkennung verweigert – übrigens allen Menschen. Sie alle haben die Frage nach der Qualität des Lebens, des Arbeitens aufgeworfen, sie haben immer Selbstbestimmtheit und das Wohlbefinden in ein Verhältnis zueinander gebracht, das in der Auseinandersetzung um Inklusion so nicht zur Debatte gestellt worden ist

4. Die Verwunderung des Pädagogen

Allzumal unter Pädagogen wird Inklusion als Revolution gefeiert. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass dies seinen Grund vielleicht im Überdruß über all das hat, was zuletzt als Reform der Bildungswesens durchgesetzt worden ist: Kompetenztraining und Leistungsmessung, Ausrichtung aller Pädagogik an den Anforderungen des Wirtschaftssystems, eigentlich ein Verlust aller Humanität, wie sie nun den Kern von Bildung ausmacht. Für viele Pädagogen wirkt Inklusion wohl wie eine Erinnerung an das, was man die pädagogische Grundeinstellung, die pädagogische Haltung, das Grundprinzip aller Pädagogik nennen könnte. In aller Pädagogik, wenn sie denn eine solche sein will, geht es nämlich um die bedingungslose Anerkennung des Anderen, in seiner Individualität, in seiner Besonderheit und Eigenwilligkeit, in seiner eigenen Entwicklung, wie lange sie nun dauern mag.

Selbstverständlich unterliegen Pädagoginnen und Pädagogen in der Wirklichkeit ihrer Arbeit dem, was man in der Sozialen Arbeit als doppeltes Mandat bezeichnet; sie müssen sich sowohl an den Einzelnen wie an den gesellschaftlichen und kulturellen Normen ausrichten, sie müssen sicher stellen, dass Menschen ihre Autonomie wahren oder gewinnen, in einer Gesellschaft, mit dieser und auch für diese, bei aller Distanz, die den einzelnen Subjekten denn auch möglich werden muss. Das ist kein einfaches Geschäft, weil es immer zur Auseinandersetzung mit Normalitätszumutungen führt, entlang von Anforderungen bewältigt wird, die es mühsam erscheinen lassen, den Lebensmöglichkeiten und Lebensentwürfen der Einzelnen gerecht zu werden. Und dennoch: Für Pädagogen stehen die konkreten, individuellen Subjekte in ihrer – wie der Fachbegriff lautet – Bildsamkeit im Vordergrund, nicht hingegen die vereinheitlichenden Muster, nicht die Selektionen und Segregationen, die Ausschlüsse, die im pädagogischen System vollzogen werden, welche eine Gesellschaft einrichtet, aus sozialen Gründen und wider das genuin pädagogische Denken. Ein Denken, um das immer wieder gekämpft werden muss, wie ein Zitat des holländischen Pädagogen Martinus Langeveld vielleicht belegt, über das ich eben gestolpert bin – übrigens zunächst, weil es eine Kategorie verwendet, die wir heute nicht mehr verwenden würden, nämlich die Kategorie des Schwachsinnigen. Langeveld schreibt 1952: Wir brauchen „eine Anthropologie [...], die uns erlösen soll von den relativierenden Komparativen vom Typus ‚weniger intelligent, mehr naiv, weniger differenziert‘ [...] die uns den schwachsinnigen Menschen als eine in sich sinnvolle Form der menschlichen Existenz zeigen muß. Nicht als eine Minder-Existenz (...). Der Schwachsinnige gehört in unser Leben und dafür hat er nicht uns, sondern wir haben Gott zu danken.“ (Langeveld 1952, S. 374 f. Projektive Untersuchungsmethoden bei schwachsinnigen Kindern. In: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1952, S. 366-376.)

Noch einmal: Wir würden die Terminologie nicht mehr verwenden, dem Gedankengang können wir uns aber nicht verweigern. Und die Forderung nach Inklusion, wenn sie denn einen guten Sinn haben soll und kann, will nichts anderes als diesem Gedankengang als Maxime des pädagogischen Handelns wieder in Kraft setzen. Wer also Inklusion verlangt, verlangt ein pädagogisches Handeln im strengen Sinne des Ausdrucks, er fordert, dass es endlich wieder um Pädagogik geht, wo doch bislang andere Interessen und Maßstäbe geltend gemacht werden, gegen besseres pädagogisches Wissen. Erkennen können wir dies, wenn wir uns die beiden Grundideen vergegenwärtigen, für die Inklusion steht: Inklusion hebt ja – sehr allgemein formuliert – auf eine Spannung ab, die eigentlich das pädagogische Grundproblem schlechthin ausmacht. Es geht in aller Pädagogik darum, *einerseits Menschen als Menschen*

zu betrachten, anzuerkennen und zu würdigen, ganz ohne Unterschied, sie als Wesen zu sehen, die als solche einer Gesellschaft zugehören, an einer Kultur teilhaben, sich in dieser bewegen und mit dieser handeln, die schlechthin human ist. Von der Humanisierung des Humanen hat man im 18. Jahrhundert gesprochen, weil man begriffen hatte, dass es einen generellen Humanismus gibt, eine Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, in der alle Differenzen ausgelöscht sind. Inklusion heißt also Gattungszugehörigkeit, die sich Weltangehörigkeit zeigt, die für einen jeden gilt, die sich im Grundbegriff der Würde des Menschen zeigt. *Andererseits* meint Inklusion zugleich, dass bei aller Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, zur Humanität eine jede Person Individuum und daher verschieden ist. Alle sind gleich, frei und den anderen darin verbunden, dass eine jede und ein jeder verschieden ist, prinzipiell als Person, in den unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenszuständen. Wir alle sind anders – und darin sind wir gleich. So steht dem generellen Humanismus die radikale Wahrnehmung des Individuums in seiner Einmaligkeit, Besonderheit und Verschiedenheit gegenüber, für die heute von Diversity oder Heterogenität gesprochen wird.

Die moderne Pädagogik hat diese Spannung zwischen generellen Humanismus und Anerkennung des Einzelnen in seiner Besonderheit zu ihrem Grundprinzip erhoben. Sie hat dafür um 1800 einen neuen Begriff aufgenommen und sich zu eigen gemacht, nämlich den der Bildung. Er hat eine neue theoretische und praktische Perspektiven eröffnet: Das menschliche Individuum wurde als ein von Anbeginn an freies Lebewesen begriffen, das selbst seine Entwicklung in seiner eigenen Auseinandersetzung mit der es umgebenden Welt steuerte und gestaltete – den Pädagogen kam die Aufgabe zu, für dieses autonome Subjekt eine kulturelle und soziale Umgebung zu schaffen, welche solche subjektiven Bildungsprozesse ermöglichte und förderte, so dass der Mensch seine Vernunft in Freiheit entwickeln kann. Denn: Alle Menschen sind in ihrer Verschiedenheit gleich, sie alle verfügen über eine eigene innere Kraft sich zu entwickeln, die unterschiedlich gerichtet sein kann – worauf Schiller übrigens mit seinem Verständnis von Spiel hingewiesen hat -, die vor allem jedoch ihre jeweils eigene Zeit benötigt, um sich zu zeigen oder um gefördert zu werden; Behinderung stand dabei für Verzögerung, für eine langsamere Entwicklung – und dabei gilt: eine langsamere Entwicklung durch das Subjekt nicht im Vergleich mit anderen, sondern im Blick darauf, was sich in einem Kind, in einem Menschen als Anlage zeigt, die mit dem Begriff der *Bildsamkeit* beschrieben wird.

Vielleicht sollte man daher besser nicht von Inklusion sprechen, sondern von Bildung, von Bildung in einem radikalen und kritischen Sinne, der auf die Autonomie der Subjekte

gerichtet ist, vielleicht sogar auf ihre Emanzipation. Das wäre ein Gegengift zu den Tendenzen, Menschen einer Gesellschaft unterzuordnen, die sie nur als Arbeitskraft möchte, nicht als Menschen in einem umfassenden, tiefen und wahren Sinne des Ausdrucks. Als konkrete Menschen, denen Selbständigkeit nicht nur in einem abstrakten, formalen Sinne zugesprochen wird, sondern ihre Selbständigkeit auch handelnd verwirklichen können. Die also über die gesellschaftlichen Möglichkeiten und damit auch über sich selbst verfügen können. Das aber weist darauf hin, dass sie anerkannt sind, dass sie unsere Aufmerksamkeit genießen, dass wir uns um sie sorgen, weil sie uns wie jeder andere auch ein wenig fremd bleiben, weil wir nie ganz um ihre Bildungspotenziale wissen. Inklusion macht also nur Sinn, wenn wir zugleich eine Vorstellung von Bildung entwickeln, die mit der Sorge um den Anderen in seiner unverwechselbaren Eigenheit einhergeht, mit Unterstützung des anderen in seinen vielleicht noch gar nicht entdeckten Möglichkeiten, mit Solidarität.

Da geht es um eine warme Gesellschaft, in der Grundbedürfnisse befriedigt werden, in der vielleicht eine Demokratie herrscht, wie wir sie noch gar nicht kennen. Wenn Inklusion auch das Gemeinsame, das Soziale meint, dann verdient sie allemal ein trotziges „Dennoch“, weil es sich lohnt mit Menschen gegen Ausgrenzung zu kämpfen.